

Lehrplan 21 ab 2018/19

Bildungsrat hält trotz Wirbel um Stundentafel am Termin fest

Liestal. Der Bildungsrat hat am Dienstag beschlossen, den neuen Lehrplan für die Sekundarschule trotz der Kritik an der Stundentafel ab Schuljahr 2018/19 in Kraft zu setzen. Dabei soll die Originalfassung des Lehrplans 21 für Jahrgänge und Leistungsniveaus differenziert dargestellt werden. Zudem sollen Stoffverteilungspläne, Themen und Inhalte ergänzend zu den Kompetenzen transparent gemacht werden, wie aus der Medienmitteilung von gestern hervorgeht. Damit erfüllt der Bildungsrat in diesem Punkt einen vom Landrat überwiesenen parlamentarischen Vorstoss. Der neue Lehrplan gilt vorerst für drei Jahre.

Der Bildungsrat weist darauf hin, dass der Lehrplan und die Stundentafel aufeinander abgestimmt sein müssen. Im Konflikt mit dem Landrat, der nächste Woche über eine gesetzliche Aufwertung der naturwissenschaftlichen Fächer und der Geschichte befinden wird, zeigt sich der Bildungsrat wenig verhandlungsbereit. Zwar ist der Bildungsrat bereit, sich mit der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landrats und mit den Unterzeichnern der Motion von Pascal Ryf (CVP) zu einer Aussprache über die Stundentafel zu treffen. Doch dieses Gespräch soll nur «der Gewährleistung der Planungssicherheit der Sekundarschulen» dienen.

Stimmt der Landrat aber der Motion von Ryf zu, gerät die Planungssicherheit erheblich ins Wanken. Ryf und die Mitunterzeichner der Motion verlangen, dass Promotionsfächer mit mindestens zwei Wochenlektionen dotiert werden. In der vom Bildungsrat verabschiedeten Stundentafel sind die Fächer Physik, Chemie, Biologie, Geografie und Geschichte jedoch nur mit einer oder einhalb Lektionen dotiert. td

GPK rüffelt Landeskanzlei

Schlechtes Zeugnis für den Landschreiber Peter Vetter

Von Daniel Wahl

Liestal. Schon lange hatte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrats die Landeskanzlei im Visier – die kantonale Dienstleistungsstelle, die in den letzten sechs Jahren ihre Vollzeitstellen von 16 auf 22 hochfuhr. Im Grunde genommen unterstützen die Kanzlei der Aufsicht des Regierungspräsidenten. Aber wegen der jährlich wechselnden Präsidenten und der jährlich neu gewählten Landratspräsidenten ist das so gut wie keine Aufsicht. Wohl darum hat die Landeskanzlei eine eigene Kultur und sich schon lange zum Problemkind entwickelt.

Bereits unter Landschreiber Alex Achermann wurde kritisiert, die Landeskanzlei sei «ein führungloser Haufen». Achermann wurde von der Regierung dazu ermuntert, sein Amt zu verlassen; der Binninger stellte sich der Wiederwahl im April 2014 nicht mehr zur Verfügung. Nach einer interimistischen Leitung übernahm Peter Vetter. Nun stellt die GPK der Landeskanzlei beziehungsweise ihm als Leiter des 30 Kopf grossen Amtes ein schlechtes Zeugnis aus: ein Manko an Führungs- und Leitungskompetenzen, heisst es zusammengefasst.

Breite Kritik der Mitarbeiter

Das Klima unter den Mitarbeitern sei zwar grundsätzlich gut. Aber «sobald es um die Landeskanzlei als Ganzes und deren Führung geht, setzen die kritischen Beurteilungen der 28 von insgesamt 30 Befragten ein (93 Prozent Umfragebeteiligung)», hält die GPK fest und ergänzt: «Seit der Mitarbeiterbefragung (im Januar 2016) haben drei erfahrene Personen gekündigt. Ein weiterer, langjähriger Mitarbeiter verlässt die Kanzlei Ende Juni 2017.» Dazu ein



«Besser funktionieren». Erster Landschreiber Peter Vetter ist im Visier der GPK. Foto Nicole Pont

Beispiel: Als gegen die Wahl der Sozialhilfebehörde in Aesch vergangenen September eine Beschwerde bei der Landeskanzlei eingereicht wurde, blieben die mit Wahlzetteln gefüllten Urnen über Monate unbeaufsichtigt und unversiegelt in Aesch liegen. Schliesslich kam die Landeskanzlei zum Schluss, dass die Wahl wiederholt werden müsse.

«Begrenzte Bereitschaft»

18 Empfehlungen zur Verbesserung wurden der Dienstleistungsstelle für die fünf Direktionen der Regierung und des Landrats unterbreitet. Vetter liess offenbar wenig Kritik zu. So registriert die GPK «begrenzte Bereitschaft zur Straffung der Organisation», wie sie in ihrem

Tätigkeitsbericht festhält, und fügt nüchtern an: «Acht Empfehlungen werden umgesetzt.» Verabschiedet wurde der Bericht einstimmig.

Für sich beanspruchte der Landschreiber wiederum einen Coach «auf eigene Initiative», wie die GPK in bemerkenswerter Weise schreibt. Der Jurist wollte schon früher einen «Leiter Recht» an seiner Seite haben, wovon die Kommission abriet. Danach habe er diese Stelle doch geschaffen, einfach unter einem anderen Namen, heisst es. Vermerkt ist dieser Vorgang im Kommissionsbericht nicht. Dafür schreibt die Kommission: «Nach Ansicht der GPK bestehen zu viele Führungsfunktionen, welche auch zu einer unnötigen Distanz zwischen Landschreiber und Mitarbeitenden führen.»

Zu scharfer Ton?

Moderater fällt die Kritik aus, wenn man Landrat Linard Candreia (SP), Mitglied der untersuchenden Subkommission, fragt: «Man darf jetzt nicht von schlimm reden. Ich bin optimistisch, dass die Landeskanzlei in Zukunft noch besser funktionieren wird.» Man müsse ihr nur Zeit geben. Vetter habe einige Defizite erkannt, insbesondere sei «in der Kommunikation einiges besser» geworden.

Im Amt als Landratspräsident hat Philipp Schoch (Grüne) im vergangenen Jahr intensiv mit der Landeskanzlei zusammenarbeiten müssen. «Ich bin schon lange dabei und jetzt mit der Leistung sehr zufrieden.» Den GPK-Bericht, der in einem schärferen Ton verfasst ist, hat Schoch zur Kenntnis genommen: «Die GPK hat sich sehr ins Detail vertieft, vielleicht zu sehr, und viele Punkte aufgezeigt, als wollte man unbedingt Fehler suchen, die ich nicht zwingend finden würde», so Schoch.

Nachrichten

Jungsozialisten für die Altersvorsorge 2020

Liestal. Die Juso Baselland hat die Ja-Parole zur Altersvorsorge 2020 beschlossen – mit einer knappen Mehrheit von 10 zu 7 Stimmen, bei 4 Enthaltungen. Damit stelle sich die Baselbieter Juso als bislang einzige Kantonalaktion gegen den Beschluss der nationalen Partei, heisst es in einer Mitteilung der Jungpartei. Trotz Ja-Parole stehe die Juso Baselland der Reform kritisch gegenüber und werde deshalb auf einen Beitritt ins regionale JA-Komitee verzichten.

Töfffahrer weicht einer Frau aus und stürzt

Liestal. Auf der der Arisdörferstrasse in Liestal wurde Mittwochnachmittag ein Motorradfahrer nach einem Unfall verletzt. Laut Polizei fuhr der 76-jährige Motorradfahrer auf der Arisdörferstrasse in Richtung Liestal. Auf der Höhe des Fussgängerstreifens betrat eine bislang unbekannte Frau unvermittelt die Strasse. Der Motorradlenker musste voll bremsen und wich nach rechts aus. Dabei kollidierte er mit dem Trottoirrand und stürzte. Die Polizei sucht Zeugen.

Christoph Blocher kommt nach Arboldswil

Arboldswil. Die SVP Sektion Reigoldswil und Umgebung lädt die Bevölkerung heute Freitagabend ab 17 Uhr in die Mehrzweckhalle von Arboldswil zu einem Apéro mit der Parteispitze der SVP Schweiz sein. Alt Bundesrat Christoph Blocher wird anwesend sein, genauso wie Thomas de Courten und Sandra Sollberger, die beiden Baselbieter Vertreter im Nationalrat, sowie Regierungsrat Thomas Weber und Parteipräsident Albert Rösti.

Vielleicht übernimmt Coop Allschwils Post

Neuer Einwohnerratspräsident ist Simon Maurer

Von Daniel Aenishänslin

Allschwil. «Sonst wird das Zentrum von Allschwil zu einem Ballenberg», fürchtet Andreas Bammatter (SP). Keine Leute mehr im Dorf ist das Szenario. Seit Januar ist klar, dass das Milchhüsi an der Baslerstrasse schliesst. Damit ist die heute dort ansässige Postagentur gefährdet. Ein Magnet, der die



Simon Maurer.

Leute ins Zentrum bringt, wie die Metzgerei und die Buchhandlung es tun. Deshalb wollte Etienne Winter (SP) mittels einer Interpellation in Erfahrung bringen, wie es um die Zukunft der Postagentur steht. Gemeinderat Philippe Hofmann (CVP) antwortete: «Wir sind der Meinung, die Post soll bleiben. Es gibt nichts Spruchreif, aber wir sind zuversichtlich.» Im Einwohnerrat brach über die Antwort des Gemeinderats keine Begeisterung aus. Man hatte mehr erwartet. Simon Zimmermann (SVP) wies darauf hin, dass im Saal sehr wohl größere Kenntnisse über den aktuellen Stand vorhanden seien, denn Gemeinderat Franz Vogt (CVP) sei schliesslich Vorstandsmitglied der Milchgenossenschaft, der Besitzerin des Milchhüsi.

Handelseinig mit einem Käufer

Viel wollte Vogt nicht verraten. Die Milchgenossenschaft wolle die Liegenschaft verkaufen und sei sich «handelseinig» mit einem potenziellen Käufer. Der Vertrag sei aber «noch nicht abgeschlossen». Ein Versprechen konnte ihm die Versammlung doch noch abringen. «Es wird kein leeres Schaufenster geben.»

Kathrin Gürtler (FDP) betonte, die Postagentur sei sehr beliebt in der Bevölkerung. Sie werde rege genutzt.

«Deshalb ist es wichtig», so Gürtler, «dass eine Agentur bleibt.» Jérôme Mollat (GLP) bemängelte, der Gemeinderat bekenne sich nicht klar zur Postagentur. «Es darf zu keiner ersatzlosen Streichung kommen», sagte Mollat. Interpellant Etienne Winter bezeichnete es als «sehr ernüchternd», dass es der Gemeinderat «verpasst hat zu signalisieren: Wir stehen zur Agentur.»

Er sei sich im Klaren, dass den Allschwilerinnen und Allschwilern nicht jeder Wunsch erfüllt werden könne, sagte Andreas Bammatter, «aber der Service public soll in angemessener Form erhalten bleiben». Und er brachte etwas Hoffnung in den Saal. Im März soll ihm Roger Vogt, Verkaufsregionleiter von Coop, gesagt haben, Coop habe Interesse daran, die Postagentur zu übernehmen. Auf Anfrage der Basler Zeitung bestätigt Mediensprecher Markus Eugster, «dass Coop Interesse bekundet hat, bei einer Schliessung der Poststelle in Allschwil die Post-Dienstleistungen zu erbringen». Weitere Informationen könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht geben.

Erstmals über 100 Millionen

Neu ist der 42-jährige Simon Maurer (SP) höchster Allschwiler. Er löst Philippe Adam (CVP) als Einwohnerratspräsident ab. «Ich hoffe, ich kann dem tollen Ergebnis gerecht werden», sagte Maurer, nachdem er 29 von 32 Stimmen erhalten hatte. Die grosse Herausforderung in seinem Präsidentschaftsjahr sieht Maurer darin, sinnvoll mit Allschwils Finanzen umzugehen. Es dürfe nicht unüberlegt investiert, «aber auch nicht zu sehr gebremst werden». Da dürfte er sich über die Rechnung 2016 gefreut haben. Sie knackt erstmals die 100-Millionen-Grenze.

Neben Simon Maurer wurden auch die Vizepräsidenten bestimmt. Markus Gruber (FDP) wurde zum ersten Vizepräsidenten gewählt, Patrick Kneubühler (SVP) zum zweiten. Beide erreichten 30 von 32 Stimmen.

Aussprache mit Nachhall im Kirchenstreit

Konflikt um die Fachstelle Katholisch bl.bs prägt Synode in Allschwil

Von Patrick Griesser

Allschwil. Bischöfliche Kritik am Baselbieter Landeskirchenrat wegen der gestrichenen Finanzierung der Fachstelle Katholisch bl.bs: Das Vorgehen des Landeskirchenrates «widerspricht in schwerwiegender Weise der bisherigen guten Zusammenarbeit und ist ein schlechtes Zeichen für unser duales System, das hoffentlich nicht Schule macht», sagt der Basler Bischof Felix Gmür zur Kündigung des Vertrags für die Fachstelle – einer bikantonalen Einrichtung, die unter anderem Seelsorger bei ihrer täglichen Arbeit unterstützen soll. Im dualen System arbeiten die Staatskirche und die dem Bischof unterstellten Seelsorger Hand in Hand.

Bischof Gmür äusserte sich in einem Brief, der am Dienstagabend während der Synode der Römisch-Katholischen Landeskirche in Allschwil verlesen wurde – diese Form der Kommunikation ist ein kirchlich erprobtes Verfahren und war zugleich eine weitere Wendung in einem ungewöhnlichen Fall.

Die Luft war stickig an diesem Dienstagabend im Grossen Saal der katholischen Gemeinde St. Peter und Paul, der Abend schon fortgeschritten und die Spannung mit Händen greifbar, als es zur Aussprache um die Kündigung der Fachstelle kam. Noch mehr als zwei Stunden Debatte und Streit sollten vor den Synodalen, den Kirchenparlamentariern, und dem Landeskirchenrat liegen. Gleich mit fünf Vorstössen aus den Reihen der Kirchenvolksvertreter sah sich insbesondere Ratspräsident Ivo Corvini konfrontiert. Die drei Interpellationen wurden Frage für Frage beantwortet – allerdings zeigten sich Kritiker des Entscheids auch nach der Aussprache enttäuscht. Ihre Fragen seien nicht oder nur teilweise beantwortet worden, monierten sie. Allerdings ergriffen auch Befürworter des Entscheids das Wort.

Corvini sprach gestern von einer grossmehrheitlich guten Diskussion. Er

hatte in der Begründung des Entscheids von einer weiteren Kündigung in der Fachstelle berichtet, die den Kirchenrat auch zum Handeln bewegt habe. «Was man hätte besser machen können, ist die Kommunikation, im Wissen, dass diese schwierig gewesen wäre, weil die Personalfragen zu dem Zeitpunkt nicht hätten öffentlich gemacht werden können und der Landeskirchenrat musste aufgrund der vertraglichen Kündigungsfristen rasch handeln.»

Breiter Protest gegen Vorgehen

Entzündet hatte sich der Konflikt am 19. Mai, als der Landeskirchenrat den Vertrag mit der Katholischen Kirche Basel gekündigt hat und das Aus für die Fachstelle auf Mitte 2018 besiegelt wurde. Ziel ist es laut Ivo Corvini, keine Leistungen abzubauen, sondern diese weiterhin anzubieten –

Die Landeskirche investierte jährlich 300000 Franken in die Fachstelle

angepasst an die Bedürfnisse der rund 74000 Baselbieter Katholiken. Die Landeskirchen investierten jährlich 300000 Franken in die Fachstelle, die vier Mitarbeiter in vier Fachbereichen mit insgesamt 310 Stellenprozent beschäftigt. Die zentralen Kritikpunkte der Kirchenleitung: mangelnde Wirkung der Fachstelle im Baselbiet und eine hohe personelle Fluktuation von vier Stelleninhabern in vier Jahren.

Nach der Kündigung im Mai kritisierten nicht nur die betroffenen Mitarbeiter der Fachstelle den für sie überraschenden Entscheid des Landeskirchenrates, zahlreiche Seelsorger bei der Basel schlossen sich an. Landeskirchenrätin Esther Sartoretti trat in der Folge aus Protest zurück. Der zuständige Bischofsvikar Christoph Sterkmann, der Vertreter des Bischofs

in der Region, monierte das Vorgehen obendrein. Er war bei der entscheidenden Sitzung am 18. Mai nicht dabei, weil er sich im Ausland aufhielt, wie während der Synode erklärt wurde. Dieser Konflikt mündete schliesslich in eine gemeinsame Erklärung: «Der Landeskirchenrat zeigt Verständnis dafür, dass der Bischofsvikar kritisierte, vor dem Kündigungsentscheid des Landeskirchenrates nicht informiert beziehungsweise nicht konsultiert worden zu sein», heisst es dort.

Trotz des Ansinnens, im Vorfeld der Synode die Wogen zu glätten, dürfte die Aussprache nachhallen. Den Siedepunkt erreichte der Streit, als ein Kirchenparlamentarier Corvini zum Rücktritt aufforderte, damit weiterer Schaden von der Kirche abgewendet werde. Synodenpräsident Pascal Ryf rügte das als persönlichen Angriff.

Eine mögliche Folge des Konflikts muss wohl juristisch geprüft werden: Die Synode stimmte für die Einrichtung einer 20-Prozent-Stelle für Palliative Care – jedoch nur unter dem Vorbehalt, dass sie auch über eine allfällige Auflösung der Stelle entscheiden dürfe. Ein deutliches Signal an den Landeskirchenrat, der nun beurteilen muss, ob die Kirchenverfassung dies zulässt.

ANZEIGE

Bauen Sie auch in der Waschküche auf Qualität.



WYSS MIRELLA schweizerisch seit 1909

041 933 00 74 / wyss-mirella.ch / 6233 Büren